



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Konrad-Adenauer-Str.12, 70173 Stuttgart

Zumeldung



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2063-645

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: josef.frey3@gruene.landtag-bw.de

Stuttgart, den 24. Mai 2016

Joshua Frey pocht auf Verbraucherschutz bei TTIP

Joshua Frey, europapolitischer Sprecher der Grünen im Landtag, reagierte irritiert auf Hauks Widerspruch zum jüngst vereinbarten Koalitionsvertrag von Grünen und CDU. Im Vertrag sind die Eckpunkte der Landesregierung ausdrücklich als Grundlage für die Arbeit der Koalition festgehalten worden:

„TTIP bietet tatsächlich Chancen für unseren Wirtschaftsstandort, aber auch Risiken, die nicht ignoriert werden dürfen. Gerade beim Verbraucherschutz wollen wir unsere guten EU-Standards im Sinne der Bürger unbedingt halten. Dazu passen Chlorhähnchen nicht. Wenn darauf nur ein Hinweis prangt, dass sie aus den USA sind, ist das völlig intransparent. Aber nicht nur beim Verbraucherschutz und den Verbraucherrechten sind diese Standards wichtig. Unsere Errungenschaften in der EU in Arbeitsschutz, Umweltschutz, Datenschutz, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung, kommunale Daseinsvorsorge, Kultur und Bildung müssen erhalten bleiben. Statt auf intransparente Schiedsgerichte setzen wir auf eine ordentliche, öffentliche Gerichtsbarkeit. Darauf haben wir uns auch im Koalitionsvertrag mit der CDU geeinigt. Es geht darum die Chancen, aber auch die Risiken klar zu benennen. Wir Grüne sind froh, dass sich viele Menschen engagieren, indem sie sich für Verbraucherschutz einsetzen.“

Rhein-Neckar-Zeitung Onlineausgabe vom 25.05.2016 (http://www.rnz.de/politik/suedwest_artikel,-Angstmacherei-CDU-Minister-Peter-Hauk-kritisiert-TTIP-Gegner-_arid,194445.html)

"Angstmacherei": CDU-Minister Peter Hauk kritisiert TTIP-Gegner

Dagegen meinte Josha Frey von den Grünen, nur ein Hinweis auf die Herkunft des Fleisches aus den USA sei "völlig intransparent".

25.05.2016, 06:00 Uhr

Von Ulf Mauder

Stuttgart. Nach Aufnahme der Regierungsarbeit mit den Grünen hat der neue CDU-Verbraucherschutz-Minister Peter Hauk vor "Angstmacherei" wegen des geplanten Freihandelsabkommens TTIP gewarnt. "Wir sind im Südwesten die allergrößten Profiteure, denn wir haben die intensivsten Wirtschaftsbeziehungen zu den USA", sagte Hauk. Bei den USA handele es sich um den zweitgrößten Exportmarkt nach der EU. Konkret sagte Hauk etwa, dass er mit dem in Deutschland umstrittenen gechlorten Hühnerfleisch aus den USA keine Probleme habe.

Kritik vom Koalitionspartner ließ nicht lange auf sich warten. "Gerade beim Verbraucherschutz wollen wir unsere guten EU-Standards im Sinne der Bürger unbedingt halten. Dazu passen Chlorhähnchen nicht", sagte Josha Frey, der europapolitische Sprecher der Grünen.

Hauk sagte über das Chloren von Hühnerfleisch in den USA: "Ich habe noch nicht gehört, dass irgendjemand in Amerika Schäden davon getragen hätte." Wichtig sei die Kennzeichnung. "Wenn der Verbraucher darüber informiert ist, dass das Huhn aus den USA kommt, dann kann er auch wissen, dass es in Chlor getaucht wurde - was bei einem deutschen Huhn nicht der Fall ist", sagte Hauk. Mit dem Chlor sollen Keime abgetötet werden. "Deshalb sind Herkunftsnachweise zwingend", betonte er. "Am Ende muss für den Verbraucher klar sein, dass die Waren unbedenklich sind. Und das muss der Staat garantieren."

Dagegen meinte Frey von den Grünen, nur ein Hinweis auf die Herkunft des Fleisches aus den USA sei "völlig intransparent". Neben Chancen biete TTIP auch "Risiken, die nicht ignoriert werden dürfen". Vor allem müssten Errungenschaften der EU unter anderem im Arbeits- und Umweltschutz, bei der sozialen Sicherheit erhalten bleiben.

Über Hauks "Euphorie" für das von der EU mit den USA geplanten Freihandelsabkommens wunderte sich auch der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Reinhold Gall. "Auch die neue Landesregierung täte gut daran, die Verhandlungen konstruktiv, aber kritisch zu begleiten", sagte der frühere Innenminister der grün-roten Vorgängerregierung.

Lob für Hauk kam von der FDP für dessen Unterstützung für TTIP. Der verbraucher- und agrarpolitische Sprecher der Fraktion, Friedrich Bullinger, sagte, das Abkommen sei eine historische Chance, "mit vereinter europäisch-amerikanischer Marktmacht westliche Verbraucherschutzstandards global durchzusetzen". Das komme auch dem Export landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse aus dem Südwesten zugute.

Der auch für die Landwirtschaft zuständige Hauk zeigte wenig Verständnis für die Proteste gegen TTIP. "Angstmacherei" sei ein politisches Instrument für Organisationen, die damit Geld verdienen wollten, um ihre eigene Arbeit zu finanzieren - zur Selbsterhaltung. "Sie operieren mit den Ängsten der Menschen", sagte der Minister.